

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern** **Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Donnerstag (Vormittag), 22. März 2018

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion**43 2017.RRGR.348 Motion 121-2017 Grüne (Imboden, Bern)****Klimafolgenabschätzung Kanton Bern: Massnahmenplan und Anpassungsstrategie: kantonale Handlungsfelder zum Schutz von Bevölkerung und Naturraum**

Präsidentin. Wir kommen zu den Motionen, zuerst zu Traktandum 43: «Grüne [Imboden, Bern] Klimafolgenabschätzung Kanton Bern: Massnahmenplan und Anpassungsstrategie: kantonale Handlungsfelder zum Schutz von Bevölkerung und Naturraum».

Die Regierung hat die Motion punktweise geprüft. Sie empfiehlt die Annahme von Ziffer 1 als Postulat. Die Ziffern 2 und 3 würde sie ablehnen. Wir führen eine freie Debatte. Ich erteile das Wort der Motionärin, Grossrätin Imboden.

Nathalie Imboden, Bern (Grüne). In der Klimapolitik kann man sich darüber streiten, ob es fünf vor zwölf oder bereits fünf nach zwölf ist. Ich glaube, wir wissen alle: Es ist dringlich und höchste Zeit. Ich werde nicht lange auf die internationalen Klimaschutzabkommen eingehen. Ich denke, die meisten von Ihnen wissen, was im Pariser Klimaschutz im Jahr 2015 von der Weltgemeinschaft beschlossen wurde. Man ist sich global einig, dass wir etwas tun müssen, um den Anstieg der Temperatur auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Eigentlich sollte es weniger sein, um das Schlimmste zu verhindern. Die Wissenschaft hat viel dazu geforscht und Berichte geschrieben. Es gibt auch – wie in der Motion erwähnt – einen Bericht, in dem die Schweiz genau betrachtet wird. Dort steht klar, dass wir uns einerseits an die Veränderungen anpassen müssen. Wir müssen aber auch das Schlimmste verhindern und eben mindern.

Die Schweiz, aber gerade auch der Kanton Bern, ist besonders empfindlich und reagiert auf den Klimawandel. Der Alpenraum und auch der Wasser- und Gebirgskanton Bern sind doppelt so stark von der Klimaerwärmung betroffen wie das globale Mittel. Es sind nicht nur die Meere, deren Spiegel steigen, sondern wir merken und diskutieren es überall: Es sind die Gletscher, die schmelzen. Es sind aber nicht nur die Gletscher und die Gebirgslandschaften, sondern auch die Städte sind von den Hitzeextremen betroffen. Im Hitzejahr 2003 – es ist schon ein bisschen länger her, aber die Forschung braucht immer Zeit, bis sie genaue Befunde liefern kann – gab es in der Schweiz 1000 Hitzetote. Das ist etwas, das man sich fast nicht vorstellen kann. Betroffen sind auch die urbanen Räume. Wir sind im Kanton Bern mit der Gebirgslandschaft, aber auch im Flachland betroffen. Die Auswirkungen sind gesundheitlicher Art, verursacht durch die Hitze und durch die Luft. Der schmelzende Permafrost ist etwas, das wir im Moment sehr schmerzhaft erleben: Bergstürze und Destabilisierungen von ganzen Hanggebieten. Infrastrukturen leiden darunter, es kann Waldbrände geben. Das betrifft jetzt nicht unbedingt den Kanton Bern als grössere Gefahr. Die Wasserversorgung und die Stromnachfrage sind betroffen, aber es bestehen auch Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Bei der Landwirtschaft sind sich die Expertinnen und Experten nicht ganz einig. Es kann in beide Richtungen gehen. Es gibt wahrscheinlich gewisse Nutzpflanzen, die künftig bei uns nicht mehr angebaut werden können, dafür aber andere, die eher im Süden heimisch sind. Es ist eine breite Palette. Sie geht über die Energie- und Mobilitätsfragen hinaus. Es betrifft unsere Gesundheit, es betrifft das Leben auch in den Städten und auch die ganze Frage der Wasserversorgung. Wir sind froh, dass der Regierungsrat den Handlungsbedarf erkannt hat. Bern ist in dem Sinn auch ein Pionerkanton, der bereits im Jahr 2006 Vorarbeiten gemacht und sehr viel geleistet hat. Wir anerkennen das und sind auch froh. Wir sind aber der Meinung, dass es zehn Jahre später an der Zeit ist, noch einmal genauer hinzusehen, was die Regierung auch selber so sieht.

Die Motion hat drei Ziffern. Ich nehme es vorweg: Ich ziehe die Ziffer 3 zurück. Diese steht nicht mehr zur Diskussion. Das heisst, es geht noch um zwei Ziffern. Die Ziffer 1 fordert eine genauere Überarbeitung der Anpassungsstrategie. Es ist wichtig, weil es, wie ich gesagt habe, um mehr geht als nur um Energie und Mobilität, wobei dies zentrale Bereiche sind. So wie bei der Sportstrategie, die wir noch diskutieren werden, oder bei anderen Strategien wie der Wirtschaftsstrategie, bieten

diese Strategien die Gelegenheit, genau hinzusehen, die verschiedenen Massnahmen und die verschiedenen Handlungsbereiche auch zu koordinieren und gezielt zusammen zu verknüpfen. Das ist die Forderung von Ziffer 1.

Wirklich wichtig ist nachher auch die Ziffer 2, bei der es darum geht, Massnahmen zu ergreifen, um die CO₂-Belastung zu reduzieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Anpassungsstrategie ist wichtig. Das sind wir unserer Bevölkerung schuldig, um sie vor grossen Brüchen zu schützen. Aber wir müssen alles daransetzen, das CO₂ zu senken. Wir sind damit nicht alleine: Gerade gestern hat die Stadt Paris einen Massnahmenplan verabschiedet. Man kann die Stadt Paris nicht mit dem Kanton Bern vergleichen; das ist mir auch klar. Aber seitens der Stadt Paris ist gesagt worden, man werde bis zum Jahr 2050 – das ist ein weiter Zeithorizont – CO₂-neutral sein. Wir werden uns hier Massnahmen vornehmen und auch überlegen müssen, wie wir in den verschiedenen Bereichen reduzieren können.

Ich komme zum Schluss. Ich möchte noch erwähnen, dass die Regierung sagt, die sektoralen Ziele würden ausreichen. Ich glaube, diese müssen koordiniert werden. Wir müssen gemeinsam handeln, damit unsere Kinder und Kindeskindern auch noch eine Umwelt haben, in der man leben kann. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Präsidentin. Wir sind bei den Fraktionen angelangt. Das Wort hat Grossrat Boss für die Grünen.

Martin Boss, Saxeten (Grüne). Der Klimawandel geht uns alle an. Der Klimawandel ist schon jetzt und nicht nur im Kanton Bern spürbar. Der Klimawandel macht nicht Halt vor dem Kanton Bern, sondern ist ein globales Problem. Der Klimawandel hat direkte Auswirkungen auf viele Bereiche: Gesundheit, Tourismus, Landwirtschaft, Vegetation und so weiter, wie Sie in der Motion lesen können. Im August 2017 hat in Interlaken die 10. Internationale Klimakonferenz mit 500 Forschenden aus der ganzen Welt stattgefunden. Im Zentrum der CO₂-Konferenz standen das bessere Verständnis des globalen Kohlenstoffzyklus und die Zerstörung durch uns Menschen. Einen neuen Schwerpunkt hat die Konferenz bei der Thematik zum Zusammenhang zwischen dem Abkommen von Paris und dem CO₂-Budget gesetzt. Mit dem Begriff «CO₂-Budget» wird die Menge von Kohlendioxyd bezeichnet, die die Menschheit noch insgesamt ausstossen darf, damit das in Paris beschlossene Klimaziel einer globalen Erwärmung unter 2 Grad erreicht werden kann. Unter dem Titel «Tatsache Klimawandel – Welche Folgen hat das sich verändernde Klima für das Berner Oberland?» fand an der Universität ein Abend mit Vorträgen von Klimaforschenden zu den regionalen Auswirkungen des Klimawandels statt.

An zwei exemplarischen Beispielen möchte ich Ihnen erläutern, was speziell durch den fortschreitenden Temperaturanstieg im Berggebiet für Problematiken auf uns zukommen. Die Fichten- und Buchenbestände werden durch die Verminderung der Anzahl der Kälte- beziehungsweise Frosttage sehr darunter leiden. Prognostiziert werden künftig massivste Schäden am Bestand, zuerst auf der Alpensüdseite und nachher auch bei uns auf der Alpennordseite. Der Borkenkäfer wird sich dadurch um ein Vielfaches multiplizieren, und die invasiven Pflanzen werden sich ausbreiten können. Auswirkungen hat dies auf die Schutzwaldfunktion, die Landwirtschaft und natürlich auch auf die Landschaft.

Zweites Beispiel: Stellen Sie sich Grindelwald vor, das in fünfzig bis sechzig Jahren die gleichen Klimabedingungen haben wird wie die Stadt Bern heute. Die Anzahl der Schneetage wird massiv sinken. Wie wollen wir uns in Bezug auf die Landschaft und die Gebiete positionieren, die intensiv durch den Tourismus genutzt werden? – Permafrost, Gletscherschwund, Naturgefahren und Wasserhaushalt werden zur akuten Problematik des Alpenraums, wenn sie es nicht schon heute sind.

Zu Ziffer 1 der Motion: Wir verlangen eine kantonale Anpassungsstrategie und begrüssen die Stellungnahme des Regierungsrats für ein Postulat.

Zu Ziffer 2: Die Erstellung eines übergeordneten Klimamassnahmenplans im Kanton über alle Politikfelder hinweg erscheint uns deshalb nur konsequent und logisch. Das Teilen der Sorge und die Erwähnung von sektoralen Strategien reichen aber nicht aus, um das verbleibende CO₂-Budget zu bremsen oder zu reduzieren. Es braucht den Klimamassnahmenplan zur übergeordneten Steuerung. Die Forschenden machen uns darauf aufmerksam, dass eine Dekarbonisierung in unseren Gesellschaften aktiv angegangen werden muss. Deshalb bitte ich Sie, Kolleginnen und Kollegen, heute ein Zeichen zu setzen, um eine klare Absicht zum Klimawandel im Kanton zu festigen: nicht nur für uns, heute und jetzt, sondern für alle und morgen.

Präsidentin. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion spricht Grossrätin Dumermuth.

Marianne Dumermuth, Thun (SP). Die Motion verlangt eine Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Ich kann meine Einleitung überspringen, weil Grossrätin Natalie Imboden und Grossrat Martin Boss ausführlich und eindrücklich geschildert haben, was der Klimawandel für oder eigentlich gegen uns alles bringen kann. Ich möchte eigentlich mehr strategisch oder formal auf die Inhalte der Motion eingehen. Die Anpassung an den Klimawandel hat ein Ziel, und zwar geht es darum, besser mit den Folgen umzugehen, Risiken abzuschätzen oder auch mögliche Chancen für uns und für unsere Umwelt nutzen zu können. Es ist also auch im Kanton Bern zu prüfen, ob diesbezüglich ein Wandlungsbedarf besteht und mit welchen konkreten Massnahmen man diesem begegnen kann. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion teilt diese Forderungen klar. Die Frage ist nur, in welcher Form man es am besten macht. Ein Teil der Fraktion ist derselben Meinung wie der Regierungsrat. Man hat den Eindruck, dass es ausreicht, in den sektoralen Politiken die vorhandenen Aussagen zum Klimawandel zu bündeln und auf diese Weise sektoral zu benutzen. Es sei ein Querschnittsthema; so wurde es auch schon in der Adaptionstrategie im Jahr 2010 gesagt. Es brauche keine zusätzliche Strategie mit Massnahmenplänen. Es gäbe bereits in allen betroffenen Politikbereichen solche Aussagen, und man solle diese einfach unbedingt so umsetzen. Es ist auch noch so, dass der Bund eine Strategie mit 63 konkreten Massnahmen hat. Die 63 Massnahmen können denn auch nur greifen, wenn die Kantone, Regionen und Gemeinden mitmachen. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat auch noch eine Arbeitshilfe ausgearbeitet. Wir können uns vorstellen, dass wir einerseits zu den Mittellandkantonen gehören, die ihre eigene Problematik haben, oder andererseits auch zu den Alpenkantonen mit der ihnen eigenen Problematik. Aus der Zusammenarbeit mit anderen Kantonen ergeben sich gute Synergien. Also noch einmal: Ein Teil der Fraktion hat den Eindruck, die jetzigen Instrumente reichen aus, und sie wird in diesem Sinn die Ziffern 1 und 2 als Postulat annehmen. Ein anderer Teil der Fraktion hat den Eindruck, es brauche zwingend eine eigene Strategie, die mit anderen Strategien ebenbürtig ist. Es reiche eben nicht aus, eine Wasserstrategie zu haben, ein revidiertes Energiegesetz, Vorgaben im kantonalen Richtplan beispielsweise oder die Naturgefahrenkarte, damit die Bevölkerung und die Umwelt von den negativen Auswirkungen des Klimawandels genügend geschützt seien. Darum nimmt ein Teil der Fraktion die Ziffern 1 und 2 der Motion an. Alle würden eine Wandlung in ein Postulat annehmen.

Ueli Frutiger, Oberhofen (BDP). Auch die BDP-Fraktion sieht selbstverständlich die Problematik des Klimawandels und des CO₂. Wir kommen aber bei unseren Überlegungen zum Teil ein wenig zu anderen Schlüssen. Zu Ziffer 1: Wir haben so viele Strategien, die die betroffenen Themen abhandeln: Wasserstrategie, Landwirtschaftsstrategie, Energiegesetz, Waldstrategie und so weiter und so fort. Es gibt eigentlich zu jedem Thema bereits einen Lösungsansatz. Wir bezweifeln, dass es besser wird, wenn man daraus eine Gesamtstrategie schmiedet. Grösser ist nicht immer besser. Zu Ziffer 2: Wir sind der Meinung, die Erarbeitung eines Massnahmenplans müsste auf eidgenössischer Ebene erfolgen. Der Kanton Bern ist kein isolierter Kanton. Wenn wir dergleichen machen und einen Massnahmenplan aufstellen, und das Wallis und alle anderen Kantone um uns herum tun nichts, dann nützt uns das eigentlich auch nicht viel. Wir sind der Meinung, das sei ein eidgenössisches Thema, und es solle auf dieser Ebene abgehandelt werden. Es gibt Ansätze, wie wir zuvor gehört haben. Aber in dieser Sache einen Zug alleine zu fahren, sehen wir nicht. Aus diesen Gründen lehnen wir die ganze Motion ab. Die Ziffer 1 wird wahrscheinlich auch ein wenig Zustimmung erhalten, sollte sie in ein Postulat umgewandelt werden.

Peter Flück, Interlaken (FDP). Auch wir haben natürlich intensiv darüber diskutiert. Und auch uns – Sie werden es nicht glauben – ist das Klima selbstverständlich ein Anliegen. Wir beobachten auch mit grosser Besorgnis, was da teilweise abgeht. Wir sind aber klar der Meinung, dass wir genügend Dispositive haben, wir haben genügend Instrumente. Grossrätin Marianne Dumermuth hat diese zuvor aufgezählt. Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass wir diese Instrumente anwenden und umsetzen sollten. Dann brauchen wir nicht noch zusätzliche Instrumente zu schaffen. Dass man teilweise Dispositive aufgrund neuer Erkenntnisse überarbeitet und vor allem überprüft, ob man allenfalls die Instrumente weiterentwickeln müsste, erachten wir als richtig. Wir lehnen die Ziffer 1 als Motion ab, würden aber ein Postulat unterstützen. Die Ziffer 2 lehnen wir sowohl als Motion als auch als allfälliges Postulat ab.

Daniel Trüssel, Trimstein (glp). Ich glaube, heute wird kein seriöser Wissenschaftler die Folgen des Klimawandels und die CO₂-Problematik in Abrede stellen. Dieser Punkt auf dem Sorgenbarometer klettert immer weiter nach oben. Vor allem bei den jungen Leuten ist das heute ein wesentliches

Thema, und sie sind viel sensibilisierter als wir. Denn uns werden die Folgen des Klimawandels nicht mehr so stark treffen, aber die nächsten Generationen werden ausbaden müssen, was wir heute «verbrechen». Wir teilen die Sorgen der Motionärin vollumfänglich und sind auch zu hundert Prozent überzeugt, dass Vorsorgen besser und deutlich günstiger ist, als später Schäden zu reparieren.

Wir sind aber auch überzeugt, dass bei einer konsequenten Umsetzung der heutigen Teilstrategien im Gebäudebereich und der Teilstrategien bei der Mobilität genügend Instrumente zur Verfügung stehen. Wir müssen diese einfach umsetzen, und dort liegt die Problematik. Aus unserer Sicht ändert auch eine neue Gesamtstrategie zur Klimapolitik wenig. Der Ausfluss aus dieser Strategie wird nicht ein anderer sein, als wir ihn bei den Teilstrategien haben. Das Umsetzen dieses Ausflusses aus den Strategien heraus ist wiederum ein politischer Wille. Dort sehe ich eher schwarz und dass wir nicht bereit sein werden, weitergehende Massnahmen zum Schutz der nächsten Generationen zu treffen. Als Zeichen dafür, dass man das Thema hoch oben auf die Agenda setzen sollte, sind wir bereit, die Ziffer 1 als Postulat zu überweisen. Wir wären auch bereit, die Ziffer 2 zu überweisen, falls diese in ein Postulat umgewandelt würde. Aber weiter wollen wir nicht gehen, weil wir überzeugt sind, dass die heutigen Instrumente geeignet sind.

Präsidentin. Ich bin froh um jede und jeden, die oder der wieder in den Saal kommt. Zuvor sind wir gerade knapp an der Achtzigergrenze durchgegangen. Aber jetzt sind wir wieder in genügender Anzahl im Saal. Ich bin froh um diejenigen, die von der Pause zurückkehren und wieder an den Verhandlungen teilhaben. Als Nächster hat Grossrat Leuenberger das Wort für die SVP.

Samuel Leuenberger, Bannwil (SVP). Ich gebe Ihnen die Meinung der SVP-Fraktion bekannt. Wir lehnen die Ziffer 1 ab, auch als Postulat. Auch die Ziffer 2 lehnen wir ab. Als aktiver Landwirt ist mir bewusst – und ich nehme das auch zur Kenntnis –, dass wir einen Klimawandel haben. Der Klimawandel findet statt. In der Auflistung der Motionärin ist alles aufgelistet, was wir dazu sagen können. In den einzelnen Punkten haben wir Studien aus der Landwirtschaft, der Gesundheit oder des Tourismus, die wir auch übernehmen können. Es ist also genug vorhanden, und es ist nicht nötig, dass wir Ressourcen und Geld binden, um neue Forschung zu betreiben. Wir haben auch gerade gestern im Rahmen der Debatte zum Kantonalen Energiegesetz (KE nG) gesehen, dass wir uns dieser Punkte immer bewusst sind und Massnahmen umsetzen, die eigentlich dem Klimawandel entgegenwirken. Aus diesem Grund lehnen wir beide Ziffern ab.

Präsidentin. Es haben sich keine weiteren Fraktionssprecher gemeldet und auch keine Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher. Ich erteile das Wort der Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer.

Barbara Egger-Jenzer, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin. Wir haben es schon ein paarmal gehört: Der Klimawandel geht uns tatsächlich alle etwas an und zwar unmittelbarer und konkreter, als wir das vielleicht wahrhaben wollen. Die Motionärinnen haben recht: Es geschehen gewaltige Veränderungen in der Natur, die gerade unseren Kanton stark betreffen. Darum verfolgen wir diese Entwicklungen seit Jahren intensiv. Wir haben dieses Thema nicht erst seit dieser Motion hoch auf der Agenda, sondern hatten es schon immer hoch auf der Agenda.

Weshalb lehnen wir die unter Ziffer 2 vorgeschlagenen Massnahmen ab? – Wir tun dies, weil wir uns vom heutigen Vorgehen mehr versprechen und vor allem, weil wir keine unnötigen Papiere erarbeiten wollen. Daran ändert sich auch nichts, wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt würde. Das würde bedeuten, dass wir die Erstellung eines Papiers prüfen sollten. Wir möchten also am bisherigen Ansatz mit den verschiedenen sektoralen Strategien festhalten. Wir konnten bisher auch schon erfolgreich mit diesen Strategien arbeiten, wenn man diesbezüglich überhaupt von Erfolg sprechen kann.

Ein Punkt scheint mir besonders wichtig: Wir meinen, dass eine griffige Massnahmenplanung vonseiten des Bundes zu erfolgen hätte, weil wir betreffend den Klimawandel definitiv alle im selben Boot sitzen. Die Gebirgskantone haben alle die gleichen Probleme. Die Mittellandkantone haben auch alle die gleichen Probleme. Wir finden es nicht so gut, wenn sich jeder Kanton eigene Massnahmen überlegt. Das macht wenig Sinn und bringt uns auch nicht schnell weiter. Deshalb bitte ich Sie, die Ziffer 2 abzulehnen und die Ziffer 1 als Postulat zu überweisen, falls diese umgewandelt wird.

Präsidentin. Die Motionärin, Grossrätin Imboden, wünscht das Wort.

Nathalie Imboden, Bern (Grüne). Was wir heute entscheiden, ist die Politik für morgen, für übermorgen, für unsere Grossenkel und Grosskinder. Ich denke, das Votum von Grossrat Trüssel hat das sehr deutlich aufgezeigt. Die Frage, ob der Bund oder die Kantone handeln müssen, ist die ewige Frage in einem föderalistischen Staat. Klar, der Bund muss vorneweg gehen. Im Moment sind die Diskussionen betreffend das CO₂-Gesetz in Vorbereitung. Der Bund wird dort auch Massnahmen ergreifen. Das hoffe ich jedenfalls. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können nicht einfach nur auf den Bund warten! So einfach ist es nicht. Der Kanton Bern hat spezifische Herausforderungen. Wir sind beides: Mittelland- und Bergkanton. Die Tatsache, dass der Kanton Graubünden bereits eine Klimastrategie verabschiedet hat, kommt wahrscheinlich von daher, dass er als Gebirgskanton besonders stark betroffen ist. Aber auch andere Kantone wie Solothurn und Genf haben bereits solche Massnahmenpläne oder Klimastrategien verabschiedet. Das steht auch in der Antwort der Regierung. Das spricht doch klar dafür, dass hier Handlungsbedarf besteht. Ich werde aber beide Ziffern in ein Postulat umwandeln, um Ihnen die Gelegenheit zu geben, hier einen Schritt vorwärts zu machen und den Vorstoss zu unterstützen.

Einfach noch zu Ziffer 2: Bitte vergessen Sie nicht, dass es hierbei nicht um ein neues Papier, sondern um griffige Massnahmen geht. Wir können nicht nur Anpassungsstrategien entwickeln, sondern müssen auch verhindern, dass mehr CO₂ produziert wird. Ich bitte Sie, beide Ziffern als Postulat zu unterstützen.

Präsidentin. Wir kommen zu den Abstimmungen zur Motion unter Traktandum 43: «Klimafolgenabschätzung im Kanton Bern». Die Ziffern 1 und 2 sind in ein Postulat gewandelt; die Ziffer 3 ist zurückgezogen worden. Wer der Ziffer 1 als Postulat zustimmen kann, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 1 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	75
Nein	49
Enthalten	2

Präsidentin. Sie haben die Ziffer 1 als Postulat angenommen mit 75 Ja- gegen 49 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wer die Ziffer 2 als Postulat annimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 2 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	58
Nein	67
Enthalten	1

Präsidentin. Sie haben die Ziffer 2 als Postulat abgelehnt mit 67 Nein- zu 58 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung.